



Erbach, 25.4.2025

An den Vorsitzenden  
des Kreistags des Odenwaldkreises  
Herrn Rüdiger Holschuh  
Michelstädter Straße 12  
**64711 Erbach**

Eingang  
Vay, Janis  
25.04.2025

### **Antrag zum Kreishaushalt 2025 Für eine nachhaltige Finanzierung und echte Handlungsfähigkeit vor Ort**

Sehr geehrter Herr Holschuh,  
die Fraktionen von SPD, CDU, ÜWG, Bündnis 90/Die Grünen und FDP stellen folgenden Antrag zur Haushaltsdebatte bei der Kreistagsitzung am 28.04.2025:

#### **Der Kreistag möge folgende Erklärung beschließen:**

Der Odenwaldkreis steht, wie viele andere Landkreise und Kommunen in Deutschland, vor massiven strukturellen Herausforderungen. Die Menschen in unserer Region erwarten zurecht: gute Schulen, intakte Straßen, verlässliche medizinische Versorgung, moderne digitale Infrastruktur, eine bürgernahe Verwaltung und eine Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels.

Doch diese Erwartungen lassen sich zunehmend nicht mehr erfüllen – nicht wegen mangelnden Willens vor Ort, sondern wegen fehlender finanzieller Mittel und überbordender gesetzlicher Vorgaben von Bund und Land. Was uns dabei fehlt, ist nicht der Auftrag – sondern die notwendige Ausstattung.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist angespannt, und das spiegelt sich direkt in den kommunalen Haushalten wider. Die Umlagefinanzierung – insbesondere im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe – wächst sich zu einer Einbahnstraße aus. Landkreise geraten so zunehmend in die Rolle reiner Transferverwalter, ohne Spielräume für Entwicklung, Innovation oder Energieeffizienzmaßnahmen.

Immer mehr Aufgaben werden zugleich von Bund und Ländern auf die kommunale Ebene übertragen – ob Ganztagsbetreuung, Wohngeldausweitung oder Sozialleistungen. Für die Umsetzung fehlen jedoch regelmäßig die notwendigen Finanzmittel. Statt echter Partnerschaft erleben wir ein Durchreichen von Verantwortung nach unten.

Der Odenwaldkreis kann derzeit die auferlegten Aufgaben und damit verbundenen Kosten nicht stemmen. Zur Deckung des Kreishaushalts bleibt dann nur die Erhöhung der Kreisumlage. Dies gefährdet nicht nur unsere kommunale Handlungsfähigkeit, sondern stellt auch die verfassungsmäßig garantierte Selbstverwaltung in Frage.

Weitere Umlageerhöhungen und daraus folgende Grundsteuererhöhungen in den Städten und Gemeinden werden massive Auswirkungen auf das Gemeinwesen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die parlamentarische Demokratie haben.

Wir sagen klar: So kann es nicht weitergehen! Es braucht einen politischen Kurswechsel in Berlin und Wiesbaden!

Wir fordern:

1. Eine neue Finanzverteilung zwischen den staatlichen Ebenen. Die Kommunen brauchen einen höheren Anteil am Steueraufkommen.
2. Eine vollständige und dauerhafte Finanzierung gesetzlich übertragener Aufgaben. Leistungen wie die Ganztagsbetreuung dürfen nicht auf Kosten der kommunalen Haushalte erfolgen. Wer bestellt, muss auch zahlen – dieser Grundsatz muss wieder gelten.
3. Ein Moratorium für Aufgaben ohne Gegenfinanzierung. Jede neue gesetzliche Verpflichtung darf nur eingeführt werden, wenn sie dauerhaft finanziert ist. Reine Leistungsversprechen ohne Kostendeckung lehnen wir ab.
4. Eine Überprüfung und Entschlackung bestehender Vorgaben. Viele Detailregelungen und Verwaltungsvorschriften führen zu Bürokratie, hohen Personalaufwänden und lähmen Innovation. Es braucht wieder mehr Vertrauen in kommunale Entscheidungskompetenz.
5. Den Schutz und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die kommunale Ebene muss wieder handlungsfähig werden. Dazu gehören weniger Detailvorgaben, mehr eigene Gestaltungsspielräume und ein echter Abbau von Anforderungen, die die Umsetzung vor Ort behindern.
6. Eine neue Gesetzgebungskultur. Die Auswirkungen aller Gesetzesvorhaben auf die kommunale Ebene müssen von Anfang an mitgedacht werden – nicht erst, wenn die Finanzierung zusammenbricht.

Ein handlungsfähiger Landkreis ist kein Luxus – sondern Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Auch wir werden deswegen alles in unserer Macht stehende unternehmen, um das Defizit zu minimieren und die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises zu sichern. Dies wollen wir insbesondere mit einem Prüfauftrag für den Haushalt 2026 des Odenwaldkreises gewährleisten. Denn angesichts der finanziellen Herausforderungen des Odenwaldkreises und der steigenden Ausgaben, streben wir weiterhin beispielsweise eine umfassende Modernisierung und Effizienzsteigerung der Kreisverwaltung an. Überprüft sollen nicht zuletzt folgende Maßnahmen werden:

- Digitalisierung der Verwaltung: Einführung moderner Technologien wie KI-gestützte Verwaltungsassistenten und digitale Bürgerkonten, um Prozesse zu automatisieren und Kosten zu senken.
- Stellenabbau durch natürliche Fluktuation: Nicht-Nachbesetzung freiwerdender Stellen, insbesondere in Bereichen mit standardisierbaren Aufgaben, um langfristig Personalaufwendungen zu reduzieren.
- Bürokratieabbau: Vereinfachung von Verwaltungsprozessen und Abschaffung obsoleter Normierungen im eigenen Regelungsbereich, um die Effizienz zu steigern und den Bedarf an Personal zu verringern.

Denn wenn Politik vor Ort nur noch den Mangel verwaltet, schwindet das Vertrauen der Menschen in unsere Demokratie. Die kommunale Selbstverwaltung ist kein Auslaufmodell – sie ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es ist höchste Zeit, dieses Fundament zu stärken.

Der Kreistag des Odenwaldkreises fordert daher Bund und Land auf, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen – und den Worten endlich tragfähige Taten folgen zu lassen

Mit freundlichen Grüßen



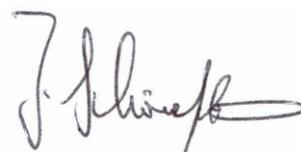
Raoul Giebenhain  
Fraktionsvorsitzender SPD



Harald Buschmann  
Fraktionsvorsitzender CDU



Georg Raab  
Fraktionsvorsitzende ÜWG



Dr. Jonas Schönefeld  
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen



Moritz Promny  
Fraktionsvorsitzender FDP